



Wenn die Menschen denn Flügel hätten wie diese Schwalben: Auf dem Weg von Afrika nach Europa Illustration: Manuel Fazzini

editorial

Es ist auch unsere Tragödie

Es ist eine humanitäre Katastrophe von historischem Ausmaß, die der im April 2023 ausgebrochene Krieg über die Menschen in Sudan brachte. Hunger, Vertreibung, Krankheiten und Tod breiten sich in schockierendem Maß aus. Doch das Einzige, was viele Menschen – und vor allem Politiker:innen – hierzulande an diesem Krieg zu interessieren scheint, ist, dass seine Opfer nicht herkommen. Doch auch dafür, ihnen vor Ort zu helfen, reicht die Empathie nicht. 24,8 Millionen Sudaner:innen brauchen heute Hilfe, 2,7 Milliarden Euro würde das laut UN 2024 kosten – nicht einmal 30 Cent pro Person und Tag. Doch verfügbar ist heute nur die Hälfte der Summe.

Dabei hat der Krieg viel mehr mit uns zu tun, als den meisten Menschen bewusst sein dürfte. Nach Jahrzehnten der Diktatur und des Bürgerkriegs war es die EU, die 2016 Sudans Präsidenten, den international geächteten Diktator und Kriegsverbrecher Omar al-Bashir, rehabilitierte und ihn als Grenzschutzpartner aufbaute, um die Fluchtroute vom Horn von Afrika zu schließen. Davon profitierte auch sein Mann fürs Grobe: General Hemedti, der „Schlächter von Darfur“ und Anführer der RSF-Milizen. Die wurden seither immer stärker und versuchten nach dem Sturz Bashirs 2019 die Macht im Land mit Gewalt an sich zu reißen. Der Krieg hat seine Wurzeln so auch im Handeln unserer Gesellschaften.

Sechs Journalist:innen aus Europa, Nordafrika und dem Nahen Osten hatte die taz Panter Stiftung im Mai für einen Workshop nach Berlin eingeladen. Sie alle sind Expert:innen für das Thema, das die Wahlen in Europa heute bestimmt wie kein zweites: Migration und der Kampf gegen diese. Wir wollten Austausch und Vernetzung schaffen, um fundierte Berichterstattung über die Migration nach unseren Möglichkeiten zu stärken.

Mit den Teilnehmer:innen dieses Workshops und anderer Projekte der taz Panter Stiftung haben wir nun diese Sonderbeilage konzipiert. Wir wollen damit ein Schlaglicht auf den vernachlässigten Sudankonflikt werfen – und zeigen, was er mit der Migrationspolitik Europas zu tun hat. Denn wir glauben: Das Wegschauen ist die größte Katastrophe.

Christian Jakob



Foto: privat

Karim Assaad

ist ein ägyptischer Journalist, der sich auf Faktenchecks und OSINT-Recherchen spezialisiert hat. Derzeit ist er mit dem Refugium Auszeit Stipendium der taz Panter Stiftung und Reporter ohne Grenzen in Berlin.

Die größte Flüchtlingskrise der Welt

Kein Krieg vertreibt heute mehr Menschen als der Konflikt im Sudan. Die Kämpfe eskalieren, ein Ende ist nicht in Sicht. Der Konflikt hat eine internationale Dimension und die humanitäre Not ist grenzenlos

Von Karim Assaad

Nach Jahrzehnten der Diktatur stürzten die Menschen in Sudan 2019 Omar al-Bashir. Die Hoffnungen auf eine friedliche, demokratische Zukunft des Landes waren groß. Heute ist davon kaum etwas geblieben. Der Krieg tobt seit bald 18 Monaten, ohne dass ein Ende in Sicht wäre. An mehreren Fronten kämpfen die staatlichen sudanesischen Streitkräfte (SAF) und gegen die Milizionäre der Rapid Support Forces (RSF) unter dem Warlord Hemedti. Die SAF kontrollieren heute Ostsudan, die RSF und ihre Verbündeten den größten Teil des Westens. Über 20.000 Zivilist:innen wurden getötet, Millionen leiden unter Vertreibung, Hunger und Krankheiten. Die internationale Gemeinschaft schweigt.

„Wir wurden alleingelassen, niemand kümmerte sich um uns“, sagt die Sudanerin Amani der taz am Telefon. Sie war Ende September zu Fuß aus El Fasher, der größten Stadt der westsudanesischen Kriegsprovinz Darfur, entkommen. Dort liefern sich beide Seiten erbitterte Kämpfe. „El Fasher ist zerstört. Der wahllose Luft- und Artilleriebeschuss durch beide Kriegsparteien trifft jeden Zentimeter der Stadt, überall gibt es Tote und Verletzte, und alle Krankenhäuser sind geschlossen“, sagt Amani. „Hunger, Durst und Krankheiten fordern täglich Menschenleben. Es gibt keine Hilfe außer selbst organisierten Be-

mühungen, die nicht für alle ausreichen. Ich konnte nicht bleiben und bin geflohen“, sagt Amani. Täglich sterben Menschen an Hunger, und viele essen Müll oder Heuschrecken. Die wenigen Hilfskonvois, die versuchen, die Lager zu erreichen, werden oft geplündert, berichtet sie.

Der Krieg brachte den Hunger. Sudan zählt heute zu den vier Ländern der Welt mit der höchsten Rate an schwerer akuter Unterernährung. Von Juni bis September 2024 waren 25,6 Millionen Menschen von einer „schweren Nahrungsmittel-

„Es gibt keine Hilfe außer selbstorganisierten Bemühungen, die nicht für alle ausreichen“

Amani, Bewohnerin der Provinz Darfur

krise“ betroffen. Rund 755.000 Menschen litten unter „katastrophaler Ernährungsunsicherheit“. 8,5 Millionen Menschen sahen sich nach UN-Angaben mit einer „akuten Ernährungsnotlage“ konfrontiert, die meisten von ihnen in den überfüllten Flüchtlingslagern.

Die Tragödie verschärft sich durch die Ausbreitung von Epidemien wie Cholera, Malaria, Denguefieber und Masern. Vom 22. Juli

bis zum 29. September 2024 wurden über 17.600 Cholerafälle und 546 Todesfälle gemeldet, wobei Tausende wahrscheinlich nicht erfasst wurden. Das Gesundheitssystem steht vor einer beispiellosen Krise. Die WHO schätzt, dass 70 bis 80 Prozent der Einrichtungen in Konfliktgebieten kaum noch funktionsfähig oder geschlossen sind.

11,3 Millionen Sudaner:innen sind heute auf der Flucht. Die Hälfte von ihnen sind Kinder, viele von ihnen wurden mehrfach vertrieben. Rund 8,3 Millionen Menschen wurden nach dem Ausbruch des laufenden Krieges im April 2023 vertrieben. 8,1 Millionen Menschen leben heute als Binnenvertriebene im Land. Knapp 2,3 Millionen Menschen haben unter oft extrem schwierigen Bedingungen Zuflucht im Nachbarland gesucht. In Tschad etwa leben etwa 650.000 Flüchtlinge in Lagern entlang der sudanesischen Grenze und leiden unter Hunger und unzureichender Hilfe. In Ägypten sehen sich etwa 1,2 Millionen Sudaner:innen Abschiebungskampagnen und einer zunehmenden rassistischen Rhetorik ausgesetzt.

Der Konflikt hat eine internationale Dimension. Amani El Taweel, eine ägyptische Sudanexpertin, sagte der taz, dass die jüngsten Militäroperationen der Armee „nach der Lieferung neuer Waffen und Drohnen“ erfolgten. Die Erfolge der SAF könnten auf „externe Unterstützung“ zurückzuführen sein. Russland hatte kürzlich angekündigt, der

SAF Waffen im Austausch für einen Marinestützpunkt am Roten Meer zu liefern. Es war ein Wendepunkt in der Haltung Moskaus – bis dahin hatte der Kreml die RSF durch die Wagner-Gruppe unterstützt. Zudem bekommen die SAF Drohnen aus dem Iran. Der RSF-Führer Hemedti wirft Ägypten vor, die SAF mit Luftschlägen zu unterstützen. Die RSF werden ihrerseits von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt, die sie über Tschad und die Zentralafrikanische Republik mit Waffen, Munition und Drohnen versorgen. Die Analystin El Taweel hält eine militärische Lösung des Konflikts für „sehr schwierig“. Die Armee versuche, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben, um sich eine bessere Verhandlungsposition zu verschaffen. Doch die RSF kontrollierten weiter den größten Teil Darfurs. Am 5. Juni griffen die RSF das Dorf Wad El Noura im Bundesstaat Al-Jazirah an, über 100 Zivilist:innen wurden getötet. Es war die höchste Zahl an zivilen Todesopfern innerhalb weniger Stunden seit Beginn des Krieges. Der Angriff ist nach Einschätzung einer UN-Erkundungsmission nur eine von vielen Gräueltaten, die von beiden Konfliktparteien begangen werden. Die Expert:innen beklagen Angriffe auf Zivilisten, Schulen und Krankenhäuser, Vergewaltigungen, die Rekrutierung von Kindersoldaten. „Die Menschen in Sudan haben eine unvorstellbare Tragödie erlitten“, sagt die UN-Expertin Joy Ngozi Ezeilo.

impressum

Idee: Gemma Terés Arilla
Projektleitung: Tigran Petrosyan, Christian Jakob, Lisa Schneider
Projektleitende: Lujain Alsedeg, Karim Assaad, Hasna Belmekki, Ghadir Hamadi, Miroc Keilberth, Stavros Malichudis, Alessia Manzi, Agus Morales
Redaktion: Lisa Schneider, Christian Jakob
Fotoredaktion: Christian Jungeblodt
Layout + Bildbearbeitung: Sonja Trabant
Korrektur: Rosemarie Nünning



Einst Völkermörder, dann Türsteher Europas, heute Treiber des Krieges im eigenen Land: General Mohamad Hamdan Daglo, April 2019 Foto: Umit Bektas/reuters

Der General des Grauens

Seit Jahrzehnten verüben die Rapid Support Forces Verbrechen im Land. Ihr Anführer, der Warlord Hemedti, sollte einst für die EU Flüchtlinge stoppen. Heute will er mit Gewalt die Macht in Sudan

Von Lujain Alsedeg

Dschandschawid“ nannten die Menschen sie einst – ein Mix aus den arabischen Wörtern *dschinn* (Teufel) und *dschawad* (Pferd). Die Miliz aus der westsudanesischen Provinz Darfur war für die Zivilbevölkerung dort gleichbedeutend mit dem Bösen.

Im laufenden Sudankrieg, der im April 2023 ausbrach, ist die heute als Rapid Support Forces (RSF, Schnelle Unterstützungskräfte) bekannte Miliz eine der beiden Kriegsparteien und für zahlreiche Gräueltaten verantwortlich.

UN-Inspektoren berichten von ihrer Beteiligung an Kriegsverbrechen, von Gewalt und Zerstörung. Ein Bericht von Human Rights Watch wirft ihr sexualisierte Gewalt in großem Umfang vor. Frauen und Mädchen seien schrecklichen Misshandlungen durch die Miliz ausgesetzt, darunter Gruppenvergewaltigungen und längere Gefangenschaft.

Nach Beginn des direkten Konflikts zwischen den RSF und den staatlichen Sudanesischen Streitkräften (SAF) am 15. April 2024 war zu beobachten, wie Angehörige der RSF in die Häuser von Zivilisten einbrachen und deren Hab und Gut plünderten. Im Internet kursierten Videos, die zeigten, wie sich die Miliz in den großen Häusern in Al Amarat, einem der angesehensten Viertel der Stadt Khartum, niederließ. Schon 2019 hatte ihr Anführer Hemedti den Bewohnern Khartums angedroht, dass ihr „hohes Gebäude“ (auf Arabisch *amarat*) „nur noch von Katzen bewohnt werden würde“, da ihre Besitzer aus Angst fliehen würden. Vier Jahre später setzte er seine Drohung in die Tat um. Tausende mussten ihre Häuser verlassen, die RSF besetzten sie. Die Miliz griff Zivilisten an, während diese versuchten, dem Tod zu entkommen und aus Khartum zu fliehen. Mit vorgehaltener Waffe hielten die RSF Flüchtende auf, stahlen ihre Autos und ließen sie auf der Straße zurück.

Das aber sind bei Weitem nicht die schlimmsten Verbrechen, die die RSF im laufenden Krieg begangen haben. Im Juni 2023 tauchten Videos der brutalen Hinrichtung des Gouverneurs von Westdarfur, Khamis Abdullah Abakar, auf. Die RSF hatten ihn am 14. Juni 2023 festgenommen. In vier verstörenden Videos sind RSF-Soldaten zu sehen, wie sie den Gouverneur foltern und seinen Leichnam in der Stadt El Geneina schänden. Im ersten Clip wird Khamis in Gewahrsam genommen, angegriffen und gedemütigt, bevor er von RSF-Kommandeur Abdulrahman Juma Barakallah in ein Büro geführt wird. Die folgenden Videos zeigen seinen toten Körper, der schwer gequetscht und verwundet ist, während RSF-Mitglieder und ihre

Verbündeten ihn weiterschänden. Das dritte Video zeigt, wie der Leichnam des Gouverneurs unter dem Jubel der Zuschauer von einem Lastwagen überfahren wird, und das letzte, grausamste Filmmaterial zeigt, wie sein Körper mit großen Steinen beworfen wird, was zu weiteren Entstellungen führt, während eine Menge feiernd zusieht. Diese drastischen Aufnahmen dokumentieren nicht nur die Gewalt, sondern zeigen auch die Absicht der RSF, durch die Veröffentlichung ihrer Handlungen Terror zu verbreiten.

Im Dezember 2023 begingen die Rapid Support Forces (RSF) schwere Gräueltaten in Madani, der Hauptstadt des Bundesstaates Al Jazirah im östlichen Zentralsudan – eine der brutalsten Phasen des laufenden Konflikts. Die Stadt war sicherer Zufluchtsort für vertriebene Zivilisten aus Khartum, bis die RSF sie einnahmen. Danach überzogen sie sie mit Gewalt: Wahllöse Tötung, Zerstörung von Eigentum und die Vertreibung Tausender Zivilisten. Madanis strategische Bedeutung machte die Stadt zu einem wichtigen Ziel, ihr Fall schnitt wichtige Regionen von der Kontrolle der Regierungsarmee ab, was die humanitäre Krise verschärfte. Viele Hilfsorganisationen mussten ihren Einsatz aufgrund der Gewalt einstellen.

„Europa und die USA haben kaum eine andere Wahl, als die jüngste Regierung zu unterstützen, um eine Flüchtlingskrise abzuwenden“

General Hemedti

In El Geneina, Westdarfur, führten die RSF und verbündete arabische Milizen von Januar bis April 2024 eine ethnische Säuberung durch, die sich hauptsächlich gegen die Gruppe der Masalit richtete. Auch hier verübten sie Massaker, sexualisierte Gewalt, zerstörten Masalit-Gemeinden durch wahlloses Beschießen und Abbrennen von Häusern. Zivilisten wurden bei Sichtkontakt erschossen, und Überlebende berichteten von Massengräbern. Tausende wurden vertrieben, als RSF-Truppen, oft zusammen mit lokalen arabischen Milizen, ganze Stadtviertel plünderten und nie-

„Ein Albtraum“

Die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) ist alarmiert über das Ausmaß von Hunger und Unterernährung in weiten Teilen Sudans, insbesondere in der Region Darfur. Bei der Untersuchung von 30.000 Kindern sei akute Unterernährung bei mehr als 30 Prozent festgestellt worden. Die WHO lege den Schwellenwert für Notfälle bei 15 Prozent fest. „In diesem Stadium sprechen wir nicht von einem Notfall – wir sprechen von einem Albtraum“, sagt Claire San Filippo von MSF. Mit Blick auf die willkürliche Bombardierung auch ziviler Wohngebiete, Zerstörung von Gesundheitseinrichtungen und Verhinderung humanitärer Hilfe in dem Machtkampf sprach sie von einem „Krieg gegen die Zivilbevölkerung“.

Sarah Easter von der Hilfsorganisation Care beklagte eine Zuspitzung der Flüchtlingsnot im Osten Tschads, wo 600.000 Menschen vor allem aus Darfur Zuflucht gesucht haben. Innerhalb einer Woche seien rund 20.000 Menschen aus dem Nachbarland eingetroffen. Von den unterernährten Kindern, die in den Kliniken der Organisation behandelt werden, seien mehr als die Hälfte „im roten Bereich“, also akut unterernährt. Es mangle zunehmend an Lebensmitteln, die Preise stiegen rapide an.

Für Südsudan hat der Konflikt im Nachbarland nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR ebenfalls immer stärkere Auswirkungen. Seit Beginn des Konflikts seien mehr als 810.000 Menschen aus Sudan angekommen.



derbrannten. Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und die UN, haben diese Gräueltaten dokumentiert und sie als „völkermörderische Akte“ bezeichnet. Bis heute setzen die RSF dieses Vorgehen fort.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Miliz für solche Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Ihre Wurzeln reichen zurück in die 1980er Jahre, als Tschad von einem Bürgerkrieg heimgesucht wurde. Damals beschloss Libyen einzugreifen, indem es arabische Nomaden im Osten Tschads bewaffnete. Der Regierung Sudans war das nicht geheuer. Sie gab auf der anderen Seite der Grenze, in der westsudanesischen Region Darfur, Waffen und Munition an arabischsprachige Abbala-Nomaden aus und verpflichtete sie, als bewaffnete Abschreckung gegen mögliche tschadische Einfälle in Sudan zu fungieren. So begann der Einfluss der Miliz in der Wüste zwischen Sudan und Libyen – einer Region, die später Teil einer der tödlichsten irregulären Migrationsrouten der Welt werden sollte.

Daran aber dachten die Milizionäre damals noch nicht – die Eindämmung der irregulären Migration war als Mittel, um Geld und Macht zu erlangen, noch nicht auf ihrem Radar. Vielmehr ließ sich zu jener Zeit Geld verdienen, indem man im Auftrag der SAF gegen Rebellen kämpfte. In den 1990er Jahren überfiel die Dschandschawid-Miliz unter dem Vorwand der Grenzkontrolle Dörfer entlang der Grenze zwischen Tschad und Sudan.

Ihre Aktivitäten nahmen 2003 eine neue Dimension an, als Rebellen aus der sesshaften Landbevölkerung Darfurs auf Protest gegen die unfaire Behandlung durch die sudanesisische Regierung Angriffe auf Regierungseinrichtungen verübten. Um die Rebellen zu bekämpfen, kooperierte die offizielle Regierungsarmee – heute der Gegner der RSF im laufenden Konflikt – mit dieser, um die Rebellen von Darfur zu besiegen.

Ein typischer Überfall der Dschandschawid begann in dieser Zeit mit einem Angriff der sudanesischen Luftwaffe, bei dem Kampfhubschrauber oder Antonow-Bomber zivile Siedlungen angriffen. Innerhalb weniger Stunden stürmten dann berittene Dschandschawid in das Gebiet, töteten und verstümmelten die Männer, vergewaltigten die Frauen und töteten oder entführten die Kinder. Die Angreifer zerstörten die Grundlagen des Dorflebens – sie brannten Felder und Häuser nieder, vergifteten Brunnen und beschlagnahmten alles, was von Wert war. In den Jahren 2003 bis 2008 wurden so Hunderttausende getötet und Millionen von Menschen vertrieben, als die Dschandschawid die Zivilbevölkerung in ganz Darfur ins Visier nahmen. Die gemeinsamen Angriffe von SAF und Dschandschawid wurden später von internationalen Beobachtern als ethnische Säuberung eingestuft.

Im Zentrum der Dschandschawid stand ein junger, ehrgeiziger Kamelhändler namens Mohamed Hamdan Daglo, der heute besser als Hemedti bekannt ist. Hemedti kämpfte zunächst unter der Führung seines Cousins Musa Hilal, der zu Beginn der Säuberungen in Darfur erst in seinen Zwanzigern war. Hemedti stieg schnell auf und führte

die Miliz 2008 an, als sie gegen die Regierung rebellierte, weil diese ihre Bemühungen im Kampf gegen die Rebellen nicht anerkannte. In einem berühmten CNN-Interview im Jahr 2008 sagte Hemedti, er werde die Regierung „bis zum jüngsten Tag“ bekämpfen, wenn sie ihnen nicht das gebe, was ihnen zustehe: Anerkennung und Macht.

Und 2013 erhielt sie diese Anerkennung dann durch ein Präsidialdekret. Die Dschandschawid wurden in „Rapid Support Forces“ umbenannt und unter der Führung von Hemedti offiziell mit dem Kampf gegen die Rebellen in Darfur, der Unterbindung der Schmuggelaktivitäten und der Bewachung der Grenzen zu Ägypten, Tschad und Libyen beauftragt.

Aber Hemedtis Ehrgeiz kannte keine Grenzen. Mit der offiziellen Anerkennung und Macht brauchte er eine beständige Einnahmequelle. Im Jahr 2012 fand er diese in der Übernahme der Dschebel-Amer-Goldminen in Darfur und der Bereitstellung von RSF-Söldnern für den Kampf in Jemen im Jahr 2014. Berichten zufolge wurden diese von den Vereinigten Arabischen Emiraten bezahlt.

„Wie können sie die Aufgabe haben, die irreguläre Migration zu stoppen, wenn sie der Grund dafür sind, dass viele von uns überhaupt erst fliehen?“

Magdi Alsafi, Bewohner der Provinz Darfur

Die Kombination aus Reichtum und Macht brachte Mohamed Hamdan Daglo näher an Omar al-Bashir, der von 1989 bis 2019 Sudan beherrschte. Bashir nannte ihn „Hamayti“ (was „mein Schutz“ bedeutet), woraus später der Spitzname Hemedti entstand.

Trotzdem wurde Hemedti weiterhin mit der Drecksarbeit der Regierung beauftragt, und da die Miliz die Kontrolle über die Grenzen zu Ägypten, Libyen und Tschad beanspruchte, wurde auch die Aufgabe, die irreguläre Migration zu stoppen, der RSF übertragen.

So ließ die sudanesisische Regierung von 2012 bis 2018 jährlich zwischen 800 und 1.200 Migrant:innen durch die RSF verhaften. Diese Bemühungen wurden später von Hemedti genutzt, um mehr Macht und Ressourcen zu erpressen.

Die EU hat in jener Zeit immer wieder behauptet, sie ließe der Regierung Sudans oder ihren Streitkräften keine direkte finanzielle Unterstützung zukommen, sondern alle Gelder über Entwicklungsagenturen der EU-Mitgliedstaaten, internationale Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen nach Sudan leiten. Gleichzeitig hat Hemedti wiederholt öffentlich erklärt,

dass er „die Arbeit der Europäischen Union erledigt“ und regelmäßig Zahlen über die Anzahl der „illegalen Einwanderer“ liefert, die von seinen Streitkräften festgehalten und abgeschoben wurden.

Magdi Alsafi war erst 23 Jahre alt war, als er vor den Gräueltaten der RSF in Darfur floh. Er ist einer von 9.300 sudanesischen Migrant:innen, die von 2014 bis 2016 in Italien ankamen. 2015 hatte er keine Ahnung, was ihn auf seiner Reise durch Libyen erwarten würde. Alsafi floh über die Städte El Fasher, Mellit und Malha bevor er nach Norden zur libyschen Grenze und zu den Kufra-Oasen aufbrach. Von Libyen aus überquerte er mit dem Boot die gefährliche See nach Italien.

Heute, fast zehn Jahre später, rät er Freunden und Familienmitgliedern, die ihn um Hilfe bei der Migration nach Europa durch Libyen bitten, davon ab. „Meine Reise war furchtbar“, sagt er. „Ich überlebte wie durch ein Wunder, aber nicht jeder hat so viel Glück. Was wäre, wenn ich unterwegs gestorben wäre?“, fragt er.

Magdi konnte es nicht glauben, als er über die Rolle der RSF bei der Eindämmung der irregulären Migration nachdachte. „Wie können sie die Aufgabe haben, die irreguläre Migration zu stoppen, wenn sie der Grund dafür sind, dass viele von uns überhaupt erst danach suchen?“

Die Beteiligung an der Migrationskontrolle war nicht die einzige Drecksarbeit, die die RSF unter der Herrschaft al-Bashirs übernahmen. Sie war auch an der Niederschlagung friedlicher Proteste in Khartoum sowie an der Bekämpfung von Aufständen in den Bundesstaaten Südkordofan und Blauer Nil ab 2012 beteiligt.

Als im Jahr 2018 die Proteste gegen die Regierung Bashirs ihren Höhepunkt erreichten, gab es Berichte, dass Ausrüstung wie Kameras und Sensoren, die ursprünglich zur Überwachung von Menschenhändlern bereitgestellt worden waren, gegen friedliche Demonstranten eingesetzt wurden. Am 3. Juni 2019 lösten die RSF schließlich eine friedliche Sitzblockade auf und töteten über 186 Demonstrant:innen.

Erst dann stellte die EU unter Druck einige ihrer Programme in Sudan ein. Doch der Schaden war bereits angerichtet. Die Miliz, die 2013 mit 5.000 bis 6.000 Kämpfern begann, hat heute schätzungsweise mindestens 100.000 Kämpfer, und ihre Aktivitäten sind außer Kontrolle geraten. So berichtet die NGO Global Witness, dass die RSF über ein Sicherheitsunternehmen verfügen, das Personal rekrutiert, um verschiedene Standorte zu bewachen. 2022 warben sie sich sogar auf Ausschreibungen internationaler Organisationen, um deren Sicherheit zu gewährleisten.

Als die EU die Aussetzung ihrer Programme in Sudan angekündigt hatte, drohte Hemedti den europäischen Ländern offen mit einem Flüchtlingsansturm. Im Jahr 2021, nur fünf Tage nach dem Militärputsch, der die zivile Übergangsregierung stürzte, erklärte der RSF-Führer der Zeitung *Politico*, dass „Europa und die USA kaum eine andere Wahl hätten, als die jüngste Regierung zu unterstützen, um eine Flüchtlingskrise abzuwenden“.

Diese Drohungen schienen zu fruchten. Denn auch nach dem Militärputsch im Oktober 2021 gegen den zivilen Übergangspräsidenten Abdalla Hamdok wurde der Khartoum-Prozess fortgesetzt und auf der offiziellen Website des Programms wurden regelmäßig aktuelle Informationen über die Fortschritte veröffentlicht.

Unter den 1,8 Millionen Flüchtlingen befindet sich eine Mutter namens Eman. Als der Krieg im April 2023 ausbrach, war sie mit ihrem Mann und ihrem zweijährigen Sohn im Urlaub in Istanbul, Türkei. Die 32-jährige ehemalige UN-Mitarbeiterin war am Boden zerstört, als sie erfuhr, dass sie in Sudan alles verloren hatte und keine andere Wahl hatte, als sich auf eine gefährliche Reise nach Griechenland zu begeben und mit klapprigen Flößen die Ägäis, den schmalen Wasserstreifen zwischen den beiden Ländern, zu überqueren. Sie lebt jetzt in einem Vorort von Paris und wartet auf die Entscheidung über ihren Asylantrag. „Ich wollte Sudan nie verlassen. Vor dem Krieg war ich oft in Europa und hätte nie gedacht, dass ich hier einmal als Flüchtling leben würde, aber ich musste an meinen Sohn denken.“

Die meisten sudanesischen Flüchtlinge betrachten Europa jedoch nicht als Zufluchtsort. Jüngsten Berichten zufolge werden die meisten der 1,8 Millionen sudanesischen Flüchtlinge von Nachbarländern aufgenommen, darunter die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Ägypten, Äthiopien und Südsudan. Die bewusste Entscheidung der sudanesischen Flüchtlinge, in der Nähe ihres Landes zu bleiben, ist ein klarer Hinweis auf ihre Absicht, nach Kriegsende zurückzukehren.

Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, dass der Krieg bald zu Ende sein wird. Im September 2023 gab es einen Runden Tisch zu den „Auswirkungen der Krise in Sudan auf die Migrationsströme in der Region“. Der Krieg wird so zum reinen Problem des Migrationsmanagements, die Rolle, die die EU bei der Entstehung des Konflikts gespielt hat, wird völlig außer Acht gelassen.

Die Politik der EU zur Auslagerung der Migrationskontrolle hat nicht nur die irreguläre Migration nicht gestoppt, sondern auch die Bedingungen, die sie verursacht haben, noch verstärkt. Der heutige Krieg in Sudan, der Millionen von Menschen vertrieb, ist ein klares Beispiel dafür. Die Partnerschaft der EU mit sudanesischen Akteuren hat Hemedti und die RSF gestärkt und die Situation im Land verschärft.



Lujain Alsedeg ist Journalistin und Datenanalystin. Sie stammt aus Khartoum in Sudan, 2021/2022 nahm sie am taz Panter Afrika-Workshop teil. Nach Ausbruch des Krieges im April 2023 musste sie aus Sudan fliehen. Heute lebt sie mit ihrer Familie in Kairo.



Wer vor den Kriegen am Horn von Afrika fliehen wollte, musste an ihnen vorbei: Eine Einheit der Rapid Support Forces stoppt Flüchtlinge auf dem Weg nach Libyen, Januar 2017 Foto: Mohamed Nureldin Abdallah/reuters

Fieht doch in einen anderen Krieg

Nur wenigen der vielen Millionen vertriebenen Sudaner:innen gelingt heute die Flucht an einen sicheren Ort. Daran hat die EU jahrelang gearbeitet

Von Stavros Malichudis und Agus Morales

Mitte Oktober berichtet die NGO Human Rights Watch von Kämpfen zwischen den Regierungstruppen Äthiopiens und den Fano-Milizen im Nordwesten des Landes. In die Region hatten sich Tausende Flüchtlinge aus dem Sudan gerettet. Die Kämpfe hätten sie im Aufnahmeland „in große Gefahr gebracht“, so Human Rights Watch. Die äthiopische Regierung solle den Schutz der Flüchtlinge verstärken, die seit über einem Jahr „Misshandlungen und Kämpfen durch bewaffnete Männer, Milizen und in jüngster Zeit auch durch Regierungstruppen ausgesetzt sind“.

Seit dem Ausbruch des bewaffneten Konflikts in Sudan im April 2023 haben Zehntausende Sudaner:innen in Äthiopien Zuflucht gesucht, die meisten in der Region Amhara. Durch örtliche bewaffnete Milizen drohen ihnen laut HRW „Morde, Prügel, Plünderungen, Entführungen gegen Lösegeld und Zwangsarbeit“. „Sudanesische Flüchtlinge in Äthiopien sind seit mehr als einem Jahr Opfer von Misshandlungen seitens verschiedener bewaffneter Akteure“, sagte Laetitia Bader von HRW. Sie seien „vor schrecklichen Misshandlungen in ihrer Heimat geflohen und brauchen dringend Schutz, nicht weitere Bedrohungen für ihr Leben.“

Dass Sudaner:innen vor dem Krieg in ihrer Heimat in das für sie offenbar ähnlich gefährliche Äthiopien fliehen müssen, statt in sichere Regionen – daran hat die EU lange gearbeitet.

Der wohl wichtigste Schritt dabei war, Sudans einstigen Präsidenten Omar al-Bashir zum Partner zu machen. Dabei hatte der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) 2009 wegen Kriegsverbrechen den ersten Haftbefehl gegen al-Bashir

erlassen; der zweite folgte ein Jahr später. Der Vorwurf lautete: Völkermord in der westsudanesischen Provinz Darfur, wo seit 2003 bis zu 300.000 Menschen meist von regierungsnahen Milizen getötet worden waren. Bashir war das erste amtierende Staatsoberhaupt, das vom IStGH angeklagt wurde.

Doch ab 2014 fand der international geächtete Bashir langsam aber sicher wieder in die Staatengemeinschaft zurück – und die EU war maßgeblich daran beteiligt, ihm den Weg zu ebnet.

„Die Innenminister haben vor allem auf die Effizienz geschaut“

Pierre Vimont, französischer Diplomat

Ab 2014 mehrten sich die Berichte über „Menschenhandel“ in Sudan – und das Lob für die Bemühungen des Regimes, dagegen vorzugehen. Das Lob kam unter anderem von dem in Wien ansässigen Thinktank ICMPD (International Center for Migration Policy Development). Sudan, der Paria der Weltgemeinschaft, galt langsam wieder als integer handelnder Akteur.

Im Oktober 2014 trafen sich in Khartum Vertreter von Staaten der Afrikanischen Union. Sie sprachen über Menschenhandel am Horn von Afrika. Wenige Wochen später lud die EU die Staaten zu einer Ministerkonferenz nach Rom ein. Sie versprachen, gemeinsam die „Herausforderungen



„Diese Flüchtlinge brauchen dringend Schutz, nicht weitere Bedrohungen für ihr Leben“

Laetitia Bader, Human Rights Watch

der für ihn der Weg zurück zur diplomatischen Normalität war – umzusetzen: auf jene, die ihm schon beim Völkermord in Darfur geholfen hatten, die RSF-Milizen.

Es waren zwei Hauptmigrationsrouten, die die RSF kontrollieren sollten: Die östlichste Route, die vor allem von Eritreern, Äthiopiern und Somaliern genutzt wurde, führte von Khartum durch den Nordwesten Sudans zur libyschen Grenze. Weiter westlich führen Darfuris und Migranten aus anderen Teilen Afrikas von der Hauptstadt Norddarfurs, El Fasher, Richtung Libyen.

2016 behauptete RSF-Anführer General Mohammed Hamdan Daglo, seine Truppen hätten 20.000 Migranten festgenommen. Es war eine offensichtlich übertriebene Zahl, um die Aufmerksamkeit der europäischen Partner zu erregen. „Ich sage es ganz klar: Wir sind durch die Flüchtlinge nicht gefährdet, denn die Menschen wollen ja nach Europa“, sagte Daglo im August 2016 auf einer Pressekonferenz in Khartum. Stolz präsentierte er der Presse über 800 verhaftete „illegale Migranten“: Eritreer, Äthiopiern und Sudaner; darunter Frauen und Kinder. Wie Vieh waren sie auf der Ladefläche eines Lastwagens vom Gefängnis zur Pressekonferenz gekarrt worden. Sie waren auf dem Weg nach Europa gewesen, um Schutz zu suchen, als die RSF sie aufgriffen. „Also arbeiten wir stellvertretend für Europa“, sagte Daglo in die Kameras. Im Januar 2017 verhaftete er erneut 1.500 Menschen bei ihrer Flucht Richtung Libyen.

Sudans Innenminister schickte den Europäern im Rahmen des Khartum-Prozesses eine Bestellliste: „Ausrüstung, Internierungszellen, Zäune und Kampfhubschrauber für die Grenzpolizei“, standen darauf. 2016 gelangten Medien an Dokumente, aus denen hervorging, dass die EU Mittel für die Ausbildung der sudanesischen Grenzpolizei vorgesehen hatte und tatsächlich plante, Überwachungs-ausrüstung zur Verfügung zu stellen, unter anderem für Haftanstalten in Ostsudan.

Nach Protesten wurden die Lieferungen gestrichen. Aber die EU stellte immerhin 81 Millionen Euro für ein Programm namens Better Migration Management (BMM) in den acht Ländern am Horn von Afrika bereit. Es wurde zum Großteil von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) umgesetzt. Mit Informationskampagnen, die über die Gefahren auf den Fluchtrouten aufklären sollen oder mit dem Training von Grenzpolizisten und Behörden sollten Migrant:innen offiziell „besser geschützt“ werden.

Mehrere EU-Mitgliedstaaten, darunter Großbritannien, Italien und Deutschland, führten damals Gespräche mit Sudan über Migrationsfragen. Das italienische und das sudanesisches Innenministerium unterzeichneten eine Absichtserklärung zum „Grenzmanagement“ und der Abschiebung sudanesischer Migranten von Italien nach Sudan.

In einem Drahtbericht des Auswärtigen Amtes war von den „maßgeschneiderten Länderpaketen“ die Rede, „die unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit gelangen“ dürften. Denn der Ruf der EU stehe „auf dem Spiel, wenn sie sich zu stark in dem Land“ engagiere.

All dies wurde von General Daglo als Druckmittel eingesetzt, um neue Forderungen zu stellen.

Es bestünde „grundsätzlich die Gefahr, dass eine solche Zusammenarbeit autoritäre Machthaber stärken kann, die Menschenrechtsverletzungen begehen“, schrieb die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) 2017. Eine „weitergehende internationale Rehabilitierung sowie umfassende finanzielle Hilfen stehen auf seiner Wunschliste“, heißt es in einem anderen SWP-Papier von 2018. Insbesondere das Programm Better Migration Management habe hohe Erwartungen geweckt. „Entsprechend groß ist die Frustration darüber, dass die EU die sudanesischen Erfolge bei der Grenz-sicherung aus Sicht Khartums zu wenig honoriert.“ Gleichwohl habe der innenpolitische Druck auf die EU, die Zahl der Ankommenden aus Afrika zu reduzieren, die „Verhandlungsmacht der sudanesischen Regierung“ gestärkt.

Von 2016 bis 2020 zahlte die EU insgesamt 242 Millionen Euro an Sudan. Dieses Geld soll auch jenen zugute gekommen sein, die heute Krieg gegeneinander führen. Bekam die EU dafür den Flüchtlingsstop, den sie wollte?

Teilweise ja. 63.000 Menschen kamen 2015 vom Horn von Afrika als Flüchtende nach Europa, nur noch 11.000 waren es 2017. Die UN-Migrationsorganisation IOM führt diese Abnahme vor allem auf eine schärfere Grenzüberwachung in Sudan zurück. Auch aus dem Land selbst flohen 2017

rund 10.000 Sudaner:innen nach Europa. 2023, im ersten Jahr des laufenden Kriegs, waren es 7.000 Sudaner:innen, in diesem Jahr 2.092. Angesichts der enormen Zahl durch den Krieg in Sudan Vertriebener sind die Fluchtrouten von dort nach Europa offenkundig weitgehend blockiert.

Das Geld, das Sudan für diese Blockade bekam, war in der Regel als Entwicklungshilfe deklariert. Es stammt aus dem EU-Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika (EUTF), den der Europäische Rechnungshof kürzlich nachdrücklich kritisierte. Die Mittel seien „nicht ausreichend auf die vereinbarten Prioritäten ausgerichtet“, so der Rechnungshof. Es gebe „Schwächen“ in der Nachhaltigkeit sowie einen „Mangel an Verfahren und Folgemaßnahmen bei Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen“. Die NGO Oxfam weist darauf hin, dass nur 3 Prozent der Mittel des Khartum-Prozesses für die Entwicklung, „sicherer und legaler Migrationswege“ ausgegeben wurden, während der Rest in die Migrationskontrolle floss.

Von dieser Politik profitiert heute auch das autoritär regierte Ägypten, das erst im Februar einen Migrationsdeal über sage und schreibe 7,4 Milliarden Euro von der EU in Aussicht gestellt bekam. Ägypten sei „ein wichtiges Land für Europa, sowohl jetzt als auch in Zukunft“, sagte ein Vertreter der EU-Kommission mit Blick auf die Grenzen zu Libyen, Sudan und dem Gazastreifen. Neun Millionen Migranten und Flüchtlinge leben in Ägypten, darunter 4 Millionen aus Sudan. Die EU-Mittel sollen unter anderem dazu dienen, die Grenze Ägyptens nach Sudan besser abzuschotten, über die viele Menschen aus südlicheren afrikanischen Ländern und aus Sudan selbst nach Ägypten kommen.

Eine ähnliche Rolle nimmt heute auch Marokko ein.

Noch vor 20 Jahren waren die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla praktisch ungehindert zu erreichen. Doch seither hat Spanien sie immer weiter abgeschottet, seit 2006 in Kooperation mit Marokko. Die Entwicklungshilfe für den Maghrebstaat wurde von Spanien und der EU stark aufgestockt.

Wie sehr das Sudaner:innen trifft, zeigte sich besonders deutlich beim „Massaker von Melilla“ am 24. Juni 2022. Bei dem Versuch, den Grenzzaun von Melilla zu überwinden, starben nach NGO-Angaben mindestens 37 Menschen, es gab Hunderte Verletzte.

Die meisten der rund 1.700 Menschen, die sich an jenem Tag auf den Weg zu den Grenzzäunen machten, waren Sudaner:innen. Zu diesem Zeitpunkt war der aktuelle Krieg noch nicht ausgebrochen, aber die Menschenrechtsslage in dem Land war auch nach dem Sturz von Omar al-Bashir äußerst prekär. Für Menschen aus Orten wie Darfur bedeutet dies, dass sie einen Anspruch auf Flüchtlingsschutz haben – aber gewaltsam daran gehindert werden, ihn in Europa geltend zu machen. Die Anerkennungsrate der Asylanträge von Sudaner:innen lag im Juni 2022 EU-weit immerhin bei 48 Prozent.

In der öffentlichen Debatte in Spanien ging es so nicht darum, wer die Menschen waren, die 2022 nach Melilla gelangen wollten. Spaniens Präsident Pedro Sánchez sprach von einem „gewaltsamen Übergriff“, der „ein Angriff auf die territoriale Integrität unseres Landes“ sei. Die martialische Sprache des Krieges diene dazu, einen vermeintlichen äußeren Feind zu markieren, um im Inneren einen Konsens für die ausgeübte Gewalt herzustellen. Sánchez sprach davon, dass die marokkanische Gendarmerie „in Koordination mit den staatlichen Sicherheitskräften und -organen gearbeitet hat, um diesen gewaltsamen Angriff abzuwehren“. In dieser Kommunikation mit einem Nachbarstaat diene die Diplomatie dazu, diesen zum andauernden Gewalteininsatz zu bewegen.

Denn hinter den Toten jenes Tages stehen komplexe Beziehungen zwischen Spanien und Marokko. Spanien war mehrfach von Marokko erpresst worden, und stets wurde die „Zusammenarbeit“ in Migrationsfragen dabei als Druckmittel eingesetzt. Spanien wurde so unter anderem genötigt, seine Unterstützung für ein Referendum zur Unabhängigkeit der von Marokko besetzten Westsahara aufzugeben. Sein Land sei ein „formidables Bollwerk“ gegen die illegale Migration, heißt es in einem Brief, den Lahcen Haddad, einst Tourismusminister von Marokko, später Vorsitzender der EU-Kontaktgruppe des marokkanischen Parlaments, Ende Juni 2022 nach Brüssel schickte. Und damit das so bleibt, wird fast alles in der europäischen Afrikastrategie dem Ziel untergeordnet, die Menschen vor Ort aufzuhalten. Denn wer aus Afrika gar nicht erst herauskommt – der schafft es auch nicht nach Europa, so das Kalkül. Und so fliehen Menschen aus Sudan heute mangels Alternativen in Gebiete, wo sie Gefahr laufen, erneut von Krieg bedroht zu werden.



Foto: privat

Stavros Malichudis ist ein griechischer Journalist und Chefredakteur des auf Migration spezialisierten englischsprachigen Online-Magazins Solomon. 2024 nahm er am taz Panter EU-Migrations-Workshop teil.



Foto: Anna Surmyach

Agus Morales ist Chefredakteur der spanischen Zeitschrift „Revista 5W“, die vor allem in langen Reportagen über Menschenrechte berichtet. 2024 nahm er am taz Panter EU-Migrations-Workshop teil.

des Menschenhandels und der Schleusung von Migranten zwischen dem Horn von Afrika und Europa im Geiste der Partnerschaft“ anzugehen. Es war die Geburtsstunde des Khartum-Prozesses, eines bis heute existierenden Bündnisses, in dem die Staaten Ostafrikas Geld bekommen, um Flüchtlinge Richtung Europa aufzuhalten. Und davon gab es dort schon damals, lange vor dem laufenden Sudankrieg, viele Millionen.

Geburtsshelfer war das ICPMPD, das die Kooperation bis heute als eine Art diplomatischer Dienstleister managt. Sudans Regierung unter dem Kriegsverbrecher Bashir wurde Mitglied des Steering Committee, des Leitungsgremiums. Der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) lobte bei dem Gründungsstreffen in Rom die geplanten „Hilfsprojekte am Horn von Afrika“, die „Bedingungen von Flüchtlingen und Migranten in den Ländern verbessern, durch die die Migrationsrouten führen“. Der Aktionsplan ruhe auf den „drei Pfeilern Diplomatie, Sicherheit und Entwicklung“, hieß es.

Viele Medien, NGOs, Abgeordnete stellten die Frage: Kann, darf man mit solchen Staaten zusammenarbeiten? In Brüssel wurde darüber schon früh nachgedacht. Die Antwort lautete: Ja. „Die Innenminister haben vor allem auf die Effizienz geschaut“, sagte der französische Diplomat Pierre Vimont dazu. „Es ging darum: Wie kommen wir zu Ergebnissen?“ Die EU-Innenminister traten dafür ein, die Diktatoren an den Tisch zu holen, wenn sie nützlich sein können. „Das berührt unsere Werte und Prinzipien“, sagte Vimont. Trotzdem entschied man sich dafür.

Schon früh war klar, auf wen al-Bashir setzen würde, um seine Verpflichtungen aus dem Deal –



NOTHILFE

Den Menschen im Libanon beistehen

Jetzt spenden!

MEDICO.DE/SPENDEN



VI vertreibung aus sudan



Der Krieg im Libanon macht aus den Sudanesischen und Sudanesen im Land doppelt Heimatlose. Diese Familie ist in einer Kirche in der Hauptstadt Beirut untergekommen
Foto: Louisa Gouliamaki/reuters

Raus aus dem Krieg – aber wohin?

Ob als Gastarbeiter in Libanon oder als Geflüchtete in Marokko und Tunesien mit der Hoffnung auf Europa: Viele Sudanerinnen und Sudaner leben in großer Unsicherheit

Zerrissen zwischen den Kriegen

In Libanon leben Tausende Arbeitsmigranten aus Sudan. Das Geld, das sie nach Haus schicken, ist eine Lebensader für die Familien – die sie oft jahrelang nicht sehen

Aus Beirut **Ghadir Hamadi**

Mit 14 Jahren sei er von Khartoum, der Hauptstadt Sudans, nach Libanon gekommen, erzählt Mohammad Osman. Mittlerweile ist er 44 Jahre alt, und die langen Jahre der harten Arbeit haben Spuren in sein Gesicht gezeichnet.

Als Mohammad Mitte September in den südlichen Vorstädten der libanesischen Hauptstadt Beirut von seinem Leben erzählt, liegt die Eskalation des Krieges in Libanon am 23. September noch etwa zwei Wochen in der Zukunft. Seinen Alltag beherrscht damals nicht der bald eskalierende Krieg in Libanon, sondern der in seinem Heimatland Sudan: Einst ein Ort der Erinnerungen, ist er für Mohammad seit April 2023 zu einem Land der Albträume geworden.

Damals bricht infolge eines Machtkampfs zwischen zwei Militärführern – General Abdel Fattah al-Burhan von den Sudanesischen Streitkräften (SAF) und General Mohamed Hamdan Daglo, bekannt als „Hamedti“ von den Rapid Support Forces (RSF) – der Krieg aus. Er entzündet sich an der Frage, wie die RSF in die reguläre Armee, die SAF, integriert werden sollten. Der Konflikt zwischen den beiden ist ein Produkt der vorangegangenen Militärdiktatur unter Omar al-Bashir. Unter der Führung Burhans und Hamedtis stürzten SAF und RSF diesen in einem Coup.

„Zu Beginn des Sudankrieges verlor ich über drei Wochen lang den Kontakt zu meiner Familie“, sagt Mohammad mit zitternder Stimme. „Ich war überzeugt, dass sie getötet wurden.“ Die Kommunikation

wurde danach noch schwieriger, als die wichtigsten Internetanbieter Sudans im Februar 2024 offline gingen. Ohne Internet- oder Telefonzugang waren über 30 Millionen Sudaner mehr als einen Monat lang von der Außenwelt abgeschnitten. Die Stille war auch für Mohammad quälend.

Fern ihrer Heimat und der Familie arbeiten nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration in Libanon etwa 161.000 Menschen. Von ihnen stammen etwa 9 Prozent aus Sudan.

Mohammad hat viele Erinnerungen an sein Heimatland: „Ich lebte am Stadtrand von Khartoum und verbrachte meine Kindheit mit meinen Cousins und Nachbarn damit, zwischen den Zuckerrohrfeldern Ball zu spielen und dabei den Bauern zu entkommen, die uns mit ihren Traktoren verjagen wollten.“

„Als ich mit 14 Jahren nach Libanon kam, endete meine Kindheit offiziell“

Mohammad Osman

Doch seine Kindheit fand ein jähes Ende, als sein Vater beschloss, ihn mit seinem Onkel väterlicherseits nach Libanon zu schicken. Der hatte dort Arbeit als Hausmeister gefunden. Mohammads fünfköpfige Familie hatte bereits Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen, und sah Arbeitsmigration als Chance. „Als ich mit 14 Jahren nach Libanon kam, endete meine Kind-

heit offiziell. Ich wurde ein Mann“, sagt Mohammad bedeutungsvoll.

Nach seiner Ankunft vor vielen Jahren fand er sich erst als Tellerwäscher in einem geschäftigen Hotel in der Hamra Street wieder, einer der pulsierenden Hauptverkehrsadern der Stadt. Das Leben war auf einmal weit entfernt von den unbeschwerten Kindheitstagen in Khartoum.

Im Laufe der Jahre stieg Mohammad schließlich zum Leiter in einem großen Gemüseladen in den südlichen Vororten von Beirut auf. Libanesen, Syrer und Sudanesen arbeiten dort unter ihm. Ihr gemeinsames Ziel, so Mohammad: „Das beste Gemüse anzubieten.“

Die südlichen Vorstädte Beiruts sind heute schwer vom Krieg mit Israel betroffen. Die meisten Menschen haben das Gebiet verlassen – wahrscheinlich auch Mohammad. Wie es ihm heute ergeht, ist nicht bekannt, der Kontakt mit ihm ist abgebrochen.

Als in Beirut noch alles halbwegs normal war, wurde Mohammads Alltag dennoch überschattet von den Unruhen in seiner Heimat. „Die Tage sind schwierig und voller Herausforderungen“, sagt er. Zwischen der Verfolgung der Kriegsereignisse in Sudan und der Sorge um seine Eltern und die Schwester, die in Darfur in Westsudan leben, sei es schwer, sich auf die Arbeit zu konzentrieren.

Mohammad standen seine Kollegen aus dem Gemüseladen bei, etwa Omar Farrouk Gassem. Auch er stammt aus Sudan. Und auch wie es ihm nach dem Ausbruch des Krieges in Beirut ergangen ist, ist nicht bekannt.

Damals, in dem Gemüseladen in Südbeirut, konnte Omar Mohammads Gefühle gut nachvollziehen: Auch die Kommunikation mit seiner Familie ist mit Herausforderungen verbunden. Seine Frau, seine beiden kleinen Töchter und seine Eltern haben Zuflucht in Renk in Südsudan gesucht. „Ich versuche, sie jeden Tag anzurufen“, sagte er, „aber aufgrund der Sicherheitslage und der politischen Unruhen ist der Empfang nicht immer gut.“

Omars Glückstage sind die, an denen die Verbindung hält und er mit seinen Töchtern per Videoanruf sprechen kann. „Sie sagen mir, dass sie mich vermissen, aber sie haben keine Ahnung, wie sehr ich sie vermisse“, sagt er. „Neulich weinte meine fünfjährige Tochter Somaya und sagte, sie würde aufhören zu essen und zu trinken, bis ich nach Sudan zurückkäme. In dieser Nacht weinte ich mich in den Schlaf.“

Omar hat seine Familie seit vier Jahren nicht mehr gesehen. Die Distanz bestimmt sein Leben. Zu ihnen zurückzukehren würde aber bedeuten, seinen Job in Libanon aufzugeben – und in einem Flüchtlingslager in Sudan auf Hilfe angewiesen zu sein. „Ich schicke ihnen 250 Dollar im Monat und lebe selbst von 150 Dollar“, erklärt er.

Aber das reicht nicht aus. Seine Familie benötigt dennoch Hilfe von den Organisationen der Vereinten Nationen sowie von anderen Hilfsorganisationen, insbesondere für die Medikamente seiner Eltern. Das Gesundheitssystem in Sudan ist zusammengebrochen, laut dem International Rescue Committee sind mehr als 70 Pro-

zent der Gesundheitseinrichtungen in Konfliktgebieten nicht funktionsfähig oder geschlossen, sodass Millionen Menschen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben.

Omars Kinder haben immerhin das Glück, in der Nähe ihrer Unterkunft zur Schule gehen zu können – im Gegensatz zu vielen anderen sudanesischen Kindern. Die Vereinten Nationen schätzen, dass über 10.400 Schulen in von Konflikten betroffenen Gebieten geschlossen wurden, wodurch 19 Millionen Kinder derzeit keine Bildung erhalten und anfällig für Ausbeutung sind.

Omar kam 2009 zum ersten Mal nach Libanon, damals war er 19 Jahre alt. In den vergangenen 15 Jahren trug er die Verantwortung für seine Eltern und bis zu ihrem Tod seine Großeltern mütterlicherseits. Viele Stunden lang sind seine Arbeitstage: Gemüse schälen, Produkte arrangieren.

Das Gehalt von Mohammad und Omar ist, wie bei vielen sudanesischen Arbeitern in Libanon, eine Lebensader für die Zurückgebliebenen. Sie tragen die Narben des Krieges an sich – sowohl aus der Ferne als auch in der Nähe. Und arbeiten dennoch unermüdlich weiter – in der Hoffnung, einmal in einen friedlichen Sudan zurückkehren zu können.

Dazu kommt noch die Ungewissheit des Lebens in Libanon, der selbst von Krisen und Kriegen gebeutelt ist. Mitte September steht Omar vor dem Gemüseladen, blickt auf die belebte Straße und murmelt: „Ich vermisse sie mehr, als Worte sagen können.“



Ghadir Hamadi lebt in der libanesischen Hauptstadt Beirut und berichtet für das Onlinemedium L'Orient Today über Migration und die Kriege in Libanon und Gaza. 2024 nahm sie am taz Panter EU-Migrations-Workshop teil.

Foto: privat

Die Straßen bei Einbruch der Dunkelheit verlassen

In Marokko werden auch sudanesische Asylbewerber gerne wieder zurück nach Algerien geschickt. Salih meidet deshalb die Polizei – und will eigentlich nach Europa. Der Sudanese kam vor einem Monat an der marokkanisch-algerischen Grenze an

Aus Oujda **Hasna Belmekki**

Es ist fast schon ein Ritual geworden: Seit seiner Ankunft in Oujda hat Salih sich angewöhnt, am Abend den Platz des 16. August aufzusuchen und dort seine Freunde zu treffen. An dem belebten Platz im Herzen der Stadt Oujda im Nordosten Marokkos ist immer etwas los. Um Salih herum tummeln sich die Straßenhändler, einer von ihnen beobachtet Salih und seine Freunde, die nach einem Platz zum Sitzen suchen. „Nehmt Platz!“, ruft er ihnen mit einem freundlichen Lächeln zu. „Ich komme gerne hierher“, sagt Salih und bläst in seinen Kaffee. Der Preis für einen Kaffee sei unschlagbar: nur 2,50 Dirham – etwa 20 Cent – koste dieser.

Salih ist 20 Jahre alt und stammt aus Sudan, aus der Metropole Omdurman. Er möchte lediglich seinen Vornamen veröffentlicht sehen. Vor etwa einem Monat kam er in der Stadt an der marokkanisch-algerischen Grenze an. „Ich bin im Mai 2023 vor dem Krieg in Sudan geflohen, weil es um mein Überleben ging“, erklärt er mit ruhiger Stimme. Um seine Worte zu untermauern, zeigt er ein Video auf seinem Handy, das verkohlte Leichen zeigt. „Das war im Juni letzten Jahres, als sie einen Markt bombardiert haben“, fügt er hinzu. Seine großen schwarzen Augen sehen sanft aus – und verbergen das Martyrium, das er während seiner Reise von Sudan nach Marokko erlitten hat. „Ich bin mit dem festen Vorsatz nach Libyen aufgebrochen, Europa zu erreichen“, sagt er, „aber ich hatte nicht einmal die Chance, es zu versuchen.“

Schon bald hätten ihn Milizen festgenommen, zehn Monate habe er in Haft verbracht. „Ich ging durch die Hölle. Sie verlangten eine Kautions, die meine Familie nicht aufbringen konnte. Ich hatte großes Glück und konnte fliehen.“ Er flieht weiter, durch Algerien, bis nach Marokko. „Ich habe das Gefühl, meinem Ziel noch nie so nahe gewesen zu sein wie nun“, erklärt er und begrüßt seinen Freund Mohamed. Der ist 19 Jahre alt und stammt aus Nayla, einer Stadt im Westen Sudans. Er hat Ähnliches erlebt: „Die Situation in Libyen ist extrem gefährlich, ein Albtraum, und die Überfahrt ist unerschwinglich, 15.000 Dinar“, sagt er – etwa 2.900 Euro. „Woher soll ich das Geld nehmen? Ich bin hierhergekommen, um auf dem Landweg in die Enklaven Ceuta oder Melilla zu gelangen“, erklärt er.

Während die beiden sich unterhalten, geht die Sonne unter. Die einsetzende Dunkelheit ist das stille Signal für die Abreise. Wie jeden Abend, wenn es dunkel wird, ist es für die beiden an der Zeit, die Öffentlichkeit der Straßen zu verlassen. „Man sollte abends nicht dort herumlungern. Die Ordnungskräfte patrouillieren nachts und nehmen jeden mit,

„Ich bin vor dem Krieg geflohen, weil es um mein Überleben ging“

Salih, Sudaner in Marokko

ohne Unterschied. Die Asylbewerberbescheinigung, die ich in der Tasche habe, ist wertlos. Vor einigen Tagen nahmen sie Dutzende Migranten fest, nur um sie nach Algerien zurückzuschicken. Unter ihnen waren auch sudanesische Asylbewerber“, sagt Salih, und schreit eilig von dannen. In der Stadt Oujda gibt es keine Flüchtlingslager unter freiem Himmel mehr. Es gab einmal zwei: Hinter der Universitätsstadt und unter der Brücke über den Fluss Oued Nachef. Dort hatten viele sudanesische Migranten Zuflucht gefunden, vor eini-

gen Monaten wurden sie aufgelöst. Nur diejenigen, die über finanzielle Mittel verfügten, erhielten Zugang zu Unterkünften, während ärmere Migranten andere Lösungen finden müssen. Salih und Mohamed bewohnen etwa eine verlassene Baustelle am Rande der Stadt. In diesem unfertigen Gebäude mit fensterlosen Betonwänden sind fast dreißig Personen untergekommen. Der Jüngste von ihnen ist 15 Jahre alt.

„Wir gehen in kleinen Gruppen hinein, um nicht aufzufallen und die Nachbarn nicht zu stören“, erklärt Salih. Es ist eine Unterkunft für die Nacht. „Bei Tagesanbruch sind wir schon wieder weg, um Arbeit zu suchen. Im Moment gibt es keinen Komfort, nur Kartons, die ich zum Schlafen auf dem Boden ausbreite, aber es ist erträglich, denn nachts sind die Temperaturen zu dieser Jahreszeit noch mild“, erzählt er.

Wie Salih und Mohamed versuchen Dutzende sudanesischer Migranten, in der Hauptstadt der marokkanischen Region Oriental zu überleben. Was sie von anderen afrikanischen Migrantengruppen unterscheidet, ist ihre Präsenz im öffentlichen Raum. Es ist nicht ungewöhnlich, dass Sudaner kleine Jobs in der Gastronomie oder im Baugewerbe annehmen. Dass die sudanesischen Migranten dieselbe Sprache sprechen – Arabisch – und denselben Glauben – Islam – teilen, erleich-

tert es ihnen, sich zu integrieren. Salih hat in Oujda bereits einige Tage auf dem Bau gearbeitet. Auch abseits davon findet er sich zu recht: Bei der Beschaffung von Kleidung und Lebensmitteln konnte er bisher auf die Solidarität der Bevölkerung zählen.

Zwar gibt es keine genauen Statistiken – da an der Grenze keine verlässlichen Daten erhoben werden –, doch laut Vereinen und Strukturen, die Migranten unterstützen, nimmt die Zahl der Sudaner im Land deutlich zu. „Es ist eine Tatsache, dass die sudanesischen Bevölkerung, die früher sehr marginal vertreten war, erheblich zugenommen hat. In den letzten beiden Jahren sind mindestens 3.000 sudanesischen Migranten durch die Gemeinde gekommen sind, und dieser Zustrom hält an“, sagt Youssef Chemlal, Mitglied der marokkanischen Vereinigung zur Unterstützung von Migranten in schwierigen Situationen (AMSV).

Diese Feststellung wird auch von Pater Edwin, dem Leiter der im Stadtzentrum gelegenen Kirche Saint Louis, gestützt. „Unter den Menschen, denen wir unsere Hilfe anbieten, sind sudanesischen Migranten die am stärksten vertretene Gruppe. Dieses Migrationsphänomen hat sich in den letzten vier Monaten intensiviert“, erklärt er. Und: In den letzten Wochen habe man viele Frauen und Kinder aufgenommen – „etwas, das wir noch nie zuvor gesehen haben“.



Hasna Belmekki lebt im marokkanischen Rabat und arbeitet für französische und Schweizer Medien unter anderem zu Migration. 2024 nahm sie am taz Panter EU-Migrations-Workshop teil.

Wo kommen sie her und wo wollen sie hin? Migranten in der Stadt Oujda in Marokko
Foto: Alessio Mamò/Redux/laif



Zeltreihen unter Olivenhainen

Wer im tunesischen Sfax landet, will meistens nach Europa übersetzen. Das weiß auch der Staat, die Küstenwache spürt ihre Boote immer wieder auf

Aus Sfax **Mirco Keilberth**

Für Migrant:innen aus Westafrika und Flüchtlinge aus Sudan ist der 50 Kilometer lange Küstenstreifen nördlich des tunesischen Sfax das große Versprechen auf ihrem Weg in ein besseres Leben.

Täglich kommen Hunderte Menschen über die Wüstenlandschaft an der algerischen und libyschen Grenze an, schlagen sich bis in die Hafenstadt durch und warten auf die Überfahrt nach Lampedusa. Bis zu 20.000 Menschen harren derzeit in Lagern inmitten der Olivenhaine aus. Ihre Lebensumstände erinnern an ein Kriegsgebiet. Und täglich werden es mehr Menschen.

Denn seit dem Abkommen zwischen der Brüsseler EU-Kommission und dem Anfang Oktober wiedergewählten Präsidenten Kais Saied fängt die Küstenwache fast alle Boote auf ihrem Weg nach Lampedusa ab.

Die größte Flüchtlingskrise des südlichen Mittelmeers findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Um mit den Geflüchteten zu sprechen, benötigt man Hartnäckigkeit und eine Genehmigung des Innenministeriums in Tunis. Selbst Gesuche von Abgeordneten aus Brüssel und Berlin, diese zu besuchen, wurden bisher strikt abgelehnt.

Links und rechts der verwaisten Landstraße nördlich von Sfax schleppen kleine Gruppen von Migranten Plastiktüten voller Lebensmittel in Richtung der Kleinstadt El Amra. Immer

wieder suchen sie Schutz vor der stechenden Sonne unter den bis an die Straße heranreichenden endlosen Reihen von Olivenbäumen. Als Polizeipatrouillen in hohem Tempo vorbeirauschen, suchen sie Schutz hinter der Straßeneinfahrt. Doch wo sind die Tausenden Migranten, vor denen in Sfax wieder und wieder gewarnt wird?

Eine unscheinbare Straße führt von der trübeligen Provinzmetropole El Amra scheinbar ins Nichts. Links und rechts stapelt sich der Müll, Frauen mit auf den Rücken getragenen Babys tauchen plötzlich auf. Nach mehreren Kurven sind es plötzlich Hunderte. Aus einer defekten Bewässerungsleitung sprudelt Wasser. Menschen stehen Schlange, um ihre mitgebrachten Wasserflaschen aufzufüllen, daneben waschen sich junge Männer mit Seife.

Man ist angekommen am Flüchtlingslager „Kilometer 30“.

Aus Holzstöcken und Plastikfolie notdürftig zusammengebaute Zelte soweit das Auge reicht. Unter den penibel angelegten Reihen der Olivenbäume Matratzen, Kochgeschirr und schreiende Babys. „Ich schätze, wir sind 5.000 Menschen hier aus mindestens 20 Ländern“, sagt Abubakr Bangui. Darunter sind auch Sudaner:innen. Eine Böe wirbelt den Sandstaub auf, der alle Zelte bedeckt. Der Ingenieur aus Guinea-Bissau trägt seine zweijährige Tochter im Arm und schaut besorgt nach seiner Frau Leoni. Die seit dem Rö-

mischen Reich hier angebaute Bäume wirken in der flachen Landschaft wie Blickfangmauern.

Am Morgen war sie wie die anderen Frauen des Lagers nach El Amra gegangen, um etwas zu essen zu ergattern. Als sie zusammen mit vier anderen Frauen schwer beladet hinter einer Biegung erscheint, ist dem 35-jährigen die Erleichterung ins Gesicht geschrieben. „Wir Männer müssen im Lager bleiben, die Frauen suchen nach Essen oder Geld“, sagt er. „Wenn mich die Polizei in El Amra auf der Straße erwischt, werde ich verhaftet und an der algerischen Grenze ausgesetzt.“ Doch die Frauen riskieren, ausgeraubt oder angegriffen zu werden, sie berichten von Schlägen und sexuellen Übergriffen.

„Wir sind 5.000 Menschen hier aus mindestens 20 Ländern“

Abubakr Bangui, Geflüchteter

Laila Bangui breitet vor dem Zelt der Familie aus, was heute im Topf landet, der vor einem kleinen Gaskocher steht. „Meine Ausbeute wird von Monat zu Monat weniger, in Tunesien herrscht eine Wirtschaftskrise“, sagt die 30-Jährige. „Aber heute war ein guter Tag.“

Seit Sommer letzten Jahres lebt die Familie hier, dreimal wurde ihr Zelt von der Polizei zerstört. „Kilometer 30“ ist eines von sechs entlang der Küstenstraße entstandenen Camps, das erste liegt bei Kilometer 25, das letzte bei Kilometer 38. Die Zahl bezeichnet die jeweilige Entfernung von Sfax und ist auf Steinen verzeichnet.

Seit Oktober haben die Banguis fünfmal versucht, mit dem Boot nach Lampedusa überzusetzen, und haben dafür insgesamt 2.500 Euro gezahlt. „Jedes Mal hat die tunesische Küstenwache das Boot aufgespürt, uns in den Hafen von Sfax gebracht und dann wortlos gehen lassen“, sagt Bangui. „Wir werden es auch ein sechstes Mal probieren.“

Doch derzeit hat kaum jemand in dem selbst organisierten Lager Geld für die nächste Überfahrt. Seit einer Anordnung vom letzten Juni dürfen Tunesier Migranten:innen nicht mehr als Tagelöhner anstellen. Das Ersparnis der Verwandten in der Heimat war bereits nach der ersten Überfahrt aufgebraucht. „Wir warten darauf, dass Tunesien die Boote wieder fahren lässt und die Preise sinken“, begründet Bangui ihr vergebliches Warten, ohne dass sich an der Lage etwas geändert hätte.

Nach Sonnenuntergang ist es im Lager stockdunkel. Um kleine Feuer sitzen Menschen und schweigen. Die Luft riecht nach Meerwasser. Es gebe trotz allem keinen Weg zurück, sagt einer am Feuer.



Mirco Keilberth ist freier taz-Korrespondent in Tunesien. Er berichtet vor allem über Migration aus und via das nordafrikanische Land. 2024 nahm er am taz Panter EU-Migrations-Workshop teil.



Einst Kolonialisten, heute in Angst vor den Geflüchteten

Auf dem Weg nach Frankreich: afrikanische Geflüchtete in der Alpenregion von Oulx, März 2023
Foto: Mauro Ujetto/
NurPhoto/
picture alliance

Italien beherrschte einst mit Gewalt die Region am Horn von Afrika. Heute wirft Rom Menschen von dort vor, als „Invasoren“ nach Europa zu kommen – und riegelt mit Gewalt die Fluchtrouten ab

Von **Alessia Manzi**

Als die übrigen europäischen Mächte sich ihren „Wettlauf um Afrika“ lieferten, hatte das damals noch junge Königreich Italien lange eine Zuschauerrolle. Erst spät begann es, sich für Afrika zu interessieren. Unter anderem streckte es per „Kooperationsvertrag“ seine Fühler nach Tunesien aus, das sich Frankreich allerdings 1881 mit Gewalt als Protektorat einverleibte. Die „Tunis-Ohrfeige“ – so die italienische Redewendung für die koloniale Offensive des Nachbarlandes – durchkreuzte Italiens Pläne, eine der letzten reichen und freien Regionen Nordafrikas zu erobern.

So verlagerte Italien seine kolonialen Ambitionen zum Horn von Afrika. In Eritrea sicherte es sich den Zugang zum Roten Meer in der Bucht von Assab und drang weiter nach Abessinien, in das heutige Äthiopien vor. Die Niederlage Italiens in der Schlacht von Adwa 1896 gegen die äthiopische Armee stoppte den Vormarsch bis 1905. Dann eroberte Italien zunächst Somalia, im Italo-Türkischen Krieg von 1911 erlangte es dann die Kontrolle über das heutige Libyen.

Der Aufstieg des Faschismus und Mussolinis war auch getrieben vom Wunsch nach Rache für vergangene Niederlagen. 1936 begann Italien mit der brutalen Besetzung Abessiniens und erklärte die Geburt des „italienischen Reiches“. Mussolinis Träume vom Ruhm wurden jedoch bald zunichte gemacht, als Italien den Zweiten Weltkrieg verlor.

Bis heute aber hält sich für diese Zeiten das Schlagwort von den „Italiern, brava gente“, dem „guten Volk der Italiener“ – ein Mythos über die koloniale Vergangenheit des Lan-

des, die in Wirklichkeit von Gewalt und Kriegsverbrechen geprägt war. Die Rede von den „guten Italienern“ ist ein Zerrbild der Geschichte, in dem Italien nur in Afrika gewesen sei, um es zu „zivilisieren“.

Tatsächlich litt Italien Ende des 19. Jahrhunderts an der Unterentwicklung seiner Industrie und seines Bildungswesens. Hunderttausende wanderten nach Amerika oder Australien aus. Das italieni-

„Sudan ist abgeriegelt. Wer versucht, Libyen oder Ägypten zu erreichen, steht vor der Wüste“

Yasim, Flüchtling aus Sudan

sche Kolonialprojekt wollte auch die Auswanderung in die eigenen afrikanischen Kolonien umleiten. Dies scheiterte. Die Kolonialisten aber wüteten dort voller Brutalität. In Eritrea etwa richteten italienische Soldaten Massen von Rebellen hin oder deportierten sie in das Arbeitslager Nocra, wo die Gefangenen bei 50 Grad Hitze arbeiten mussten.

Angelo Del Boca, ein bekannter italienischer Historiker, schrieb: „Der liberale Staat hinterließ dem Faschismus bedeutende Vermächtnisse wie aggressiven Militarismus, Erfahrung im Völkermord und Verachtung für afrikanische Völker.“ In Äthiopien beispielsweise verstieß General Pietro Badoglio gegen das Genfer Protokoll von 1925, indem er chemische Waffen gegen äthiopische Widerstandskämpfer und

20.000 Flüchtlinge im Amba-Aradam-Massiv einsetzte. Rodolfo Graziani, der 1936 von Mussolini zum Vizekönig ernannt wurde, führte den Völkermord an der Bruderschaft der Senussi in Libyen an, die beschuldigt wurde, den libyschen Widerstand zu unterstützen. Graziani ordnete Massaker in Addis Abeba und Debra Libanos in Äthiopien an. Die Rassengesetze von 1938 verboten Mischehen, um zu verhindern, dass „gemischtrassige Kinder, die manchmal sogar von ihren italienischen Vätern anerkannt wurden, dem Ansehen der Rasse schaden“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde über die rassistische und koloniale Geschichte Italiens lange geschwiegen. In Rom gibt es bis heute eine Amba-Aradam-Straße. Historiker wie Angelo Del Boca und andere haben das Land dann gezwungen, sich seiner dunklen Vergangenheit zu stellen, und gezeigt, dass der Kolonialismus Italiens nicht weniger brutal war als der anderer europäischer Mächte. Auch italienisch-afrikanische Schriftsteller und Journalisten und die antirassistischen Bewegungen trugen dazu bei, die kollektive Erzählung über die Massaker der italienischen Kolonialherren zu ändern. 2023 wurde vorgeschlagen, den 19. Februar – das Datum des Massakers von Addis Abeba im Jahr 1937 – zum Gedenktag für die Opfer des italienischen Kolonialismus zu erklären.

Vor Kurzem hat die Regierung Giorgia Melonis ein neues Entwicklungsprogramm für afrikanische Länder vorgestellt. Der sogenannte Mattei-Plan trägt den Namen des Gründungspräsidenten des italienischen Energiekonzerns ENI, Enrico Mattei. Er sieht neben Projekten zur Energieversorgung auch den Kampf gegen die irregu-

läre Migration und einen Ausbau der Infrastruktur vor – der wiederum der italienischen Agrarindustrie zugute kommen soll. Afrikaner:innen waren an den Planungen nicht beteiligt. Tunesien bekam aus Italien 100 Millionen Euro, um die Fahrten Richtung Italien von seiner Küste aus zu stoppen und so eine der wichtigsten Fluchtrouten für Menschen auch aus Sudan zu schließen. Und schon seit Jahren ist Italien in Libyen präsent, damit die Regierung auch dort die Fahrten Richtung Italien unterbindet.

2023, im ersten Jahr des Sudankriegs, waren noch etwa 6.000 Sudaner:innen in Italien angekommen – eine Verdoppelung im Vergleich zum Vorjahr. Etwa 5.000 kamen über Tunesien, etwa 1.000 über Libyen. In diesem Jahr ist die Zahl der Ankommenden um mehr als 60 Prozent gefallen. Von Januar bis Oktober 2024 kamen über den Seeweg gerade einmal 240 Sudaner:innen. Die Mittelmeerroute ist dabei nach wie vor eine der gefährlichsten Migrationsrouten der Welt.

Die Regierung Melonis prahlt heute damit, die „Landungen eingedämmt“ zu haben. Die Phantom-schiffswracks, die Todesfälle in der Wüste und die Gewalt, der Menschen in Libyen und Tunesien und auf dem Meer ausgesetzt sind, erwähnt sie nicht.

Yasim*, ein sudanesischer Flüchtling und Mitglied der Sudanese Refugee Association in Turin, berichtet von seiner Reise: „Sudan ist ein abgeriegelt Land, in dem jeden Tag Menschen massakriert werden. Wer versucht, Libyen oder Ägypten zu erreichen, steht vor der Wüste und, wenn er überlebt, vor der gefährlichen Seereise.“ Er selbst floh vor dem Militärdienst in Darfur

und kam 2015 in Italien an. „Ich hatte Glück, aber in der Sahara habe ich viele Leichen gesehen“, sagt Yasim. „Sudan ist ein wunderschönes Land. Wenn es keinen Krieg gäbe, würde niemand weg wollen.“

Viele Migrant:innen wollen nicht in Italien bleiben. Einige beantragen dennoch Asyl, andere entscheiden sich für die Weiterreise, wenn sich das Verfahren in die Länge zieht. Doch die ist beschwerlich. An der französisch-italienischen Grenze in Ventimiglia schiebt die französische Polizei Geflüchtete direkt zurück. Im Gebiet um Oulx nahe Turin, an der alpinen Grenze zu Frankreich, ist die sudanesisch-gemeinschaft aktiv. Viele überqueren die Grenze hier, um zu Verwandten in anderen Ländern zu gelangen. „Die Menschen erzählen uns von schrecklichen Reisen, von der Schleusung über das Mittelmeer als blinde Passagiere“, sagt Piero Gorza, Anthropologe und Präsident des Vereins No Borders in Oulx. „Sie reisen in Gruppen und versuchen, die Schulden, die sie bei den Schleppern haben, zurückzuzahlen, indem sie so schnell wie möglich Arbeit im Ausland finden.“ Bis heute ist Italien Knotenpunkt für Migrationsrouten aus Ex-Kolonien des britischen und französischen Empires – und auch mit der Migration aus Ostafrika, der von Italien kolonisierten Region, konfrontiert. Doch der erstarkende Nationalismus in Italien lässt die Ablehnung dieser Migrant:innen wachsen. Ihnen wird vorgeworfen, als „Invasoren“ die italienische Identität zu bedrohen. Und die Politik der aktuellen und der Vorgängerregierungen gefährden heute das Leben derer, die versuchen, aus Afrika nach Europa zu gelangen.

* Name geändert



Alessia Manzi arbeitet als freie Journalistin mit dem Schwerpunkt Migrationsthemen in Italien. 2024 nahm sie am taz Panter EU-Migrations-Workshop teil.

taz panterstiftung

Ja, ich mache mit!

... und unterstütze die Projekte der taz Panter Stiftung

20 € 50 € 100 € _____ €

taz Panter Stiftung Friedrichstr. 21 10969 Berlin - GLS-Bank Bochum - IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00 - BIC GENODEM1GLS



Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Online spenden unter: www.taz.de/spenden

